

Ein Volk stimmt mit den Füßen ab
- Nepals Wirtschaftspolitik
treibt das Land an den Abgrund

Nepal vom 03.11. - 15.12.1998,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

40 Tage	506
Ein Land der Minderheiten	507
Kathmandu - Liebling ausländischer Hilfsorganisationen	508
Hoffnungsträger Demokratie	509
Kerzenlicht ohne Romantik	511
Das Einmaleins der nepalischen Wirtschaft	511
Nüchterne Fakten	513
Explosive Mischung	514
Katastrophe Kathmandu	515
Schlechte Infrastruktur	516
Zunehmende Landflucht	516
Korruption und Misswirtschaft	517
Trister Ausblick	518



Paul Prandl, geboren am 05.01.1962 in Gemeinden am Main, Unterfranken. Nach Abitur und Wehrdienst zunächst Studium der Geographie und Volkswirtschaftslehre. Von 1986 bis 1992 Studium der Betriebswirtschaftslehre in Würzburg. Während des Studiums wiederholt Aufenthalte in den USA. 1987 im Rahmen des Austauschprogramm der Uni Würzburg mit der State University of New York (SUNY) Studienaufenthalt in Oneonta, Bundesstaat New York. Studienbegleitend diverse Praktika bei Investmentbanken im Inland und den USA. Während des Studiums freie journalistische Tätigkeit als Finanzredakteur für Börsenmagazine. Nach dem Studium von 1993 bis 1995 Finanzredakteur beim Wirtschaftsmagazin Forbes in München. Seit Juli 1995 als Finanzredakteur beim Wirtschaftsmagazin Capital in Köln.

„Die Feinde Nepals sind Armut, Rückständigkeit, Krankheiten, Hunger und Analphabetismus.“

König Birendra

40 Tage

Der Landeanflug auf Nepals rund 1300 Meter hoch gelegene Hauptstadt Kathmandu verläuft weniger spektakulär als erwartet. Langsam und ohne Turbulenzen schwebt die Maschine der Thai Airways über erdbraune, kaum noch bewaldete Hügelketten auf die alte Königsmetropole zu. Die Start- und Landebahn des Tribhuvan International Airports - gebaut mit Millionen japanischer Entwicklungshilfegelder - ist frühzeitig zu erkennen. Sie hebt sich deutlich vom allgemeinen Gewirr bunter Häuser, Tempel und Stupen ab. Die mächtigen 8000er Berggipfel des Himalaja scheinen noch weit entfernt.

Die Sonne strahlt. Es herrschen angenehme 28 Grad, als die Passagiere über die Treppe das Flugzeug verlassen. Am Himmel keine Wolke. Zu Fuß marschieren die Ankömmlinge, insgesamt rund 150 Personen, übers Rollfeld Richtung Empfangsgebäude. In der rotbraunen, aus Backsteinen gebauten Abfertigungshalle gibt es zehn Einreiseshalter - einer davon ist besetzt. An Personal scheint es jedoch nicht zu mangeln. Ausweisbestückte Mitarbeiter stehen gelangweilt in der Halle herum. Schnell bildet sich hinter dem Zollbeamten in Zivil eine lange Schlange. Er kontrolliert mit stoischer Ruhe Reisepässe und kassiert Visagebühren. Pro Tag einen Dollar - in harter Währung und bar auf die Hand. Nepalische Rupies interessieren ihn ebensowenig

wie US-Dollar-Reiseschecks. Ohne Bares keinen Stempel. Diskussion zwecklos - schließlich ist am anderen Ende der tristen Halle ein Wechselschalter. Aus der Poleposition geht es zurück zur Money Exchange. Gegen hohe Gebühr wechselt der griesgrämige Angestellte Traveller-Cheques in amerikanische Greenbacks. Nach weiteren 50 Minuten Schlangestehen treffe ich meinen Zollbeamten wieder. 42 Tage, gebe ich ihm zu verstehen und reiche ihm drei 20-Dollarnoten hin. „No Change“, antwortet er in gebrochenem Englisch - obwohl er bereits Dutzende von Touristen abkassiert hat. „Ok, 40 days“, erwidere ich. Wortlos bekomme ich einen Aufkleber und Stempel in den Pass. Jetzt kann Kathmandu kommen.

Ein Land der Minderheiten

In den Straßen und Gassen Kathmandus herrscht reges Gedränge: Buntgekleidete Menschen unterschiedlicher Herkunft wuseln durch das Häuserlabyrinth. Nepal ist nur auf den ersten Blick ein multikultureller Schmelztiegel: Mehr als 60 verschiedene ethnische Gruppen, von denen selbst die größte nicht mehr als 18 Prozent der Bevölkerung stellt, leben in dem 147.181 qkm großen Königreich. Es werden landesweit 82 verschiedene Sprachen gesprochen und die unterschiedlichsten Religionen verehrt. Die Bevölkerung des Königreiches wächst rasant: Seit 1950 stieg die Zahl der Nepalis von acht auf mehr als 22 Millionen. Mit durchschnittlich sechs Kindern pro Familie liegt die Geburtenrate weit über dem Schnitt anderer asiatischer Länder. Schon heute steigt die Einwohnerzahl jährlich um mehr als 500.000 Menschen an, im Jahr 2020 wird die Bevölkerung Nepals bei der aktuellen Wachstumsrate von 2,5 Prozent bei rund 40 Millionen Menschen liegen. Rund 86 Prozent der Nepalis gehören heute dem hinduistischen Glauben an, knapp acht Prozent sind Buddhisten, der Rest Moslems (3,8%) und Christen (0,2%). Die Religion steht auch heute immer noch im Mittelpunkt des Lebens. Die Menschen verehren unzählige Götter. In Tempeln und Schreinen bringen viele Nepalis regelmäßig Tieropfer dar.

Doch die nepalische Gesellschaft glaubt nicht nur an zahllose Gottheiten. Sie baut auch auf einem strikten Klassen- und Kastenwesen auf - das auch am heutigen Tag noch eine überwiegende Trennung der einzelnen Bevölkerungsgruppen bewirkt. Und im allgemeinen Denken und Handeln tief verwurzelt ist. Bis in die sechziger Jahre unterschied man strikt vier Klassen: Die Königsfamilie und die herrschenden Rana-Familien, Priester, Minister und Adlige bildeten die Oberklasse. Sie kontrollierten alle staatlichen Institutionen, die Regierung und Verwaltung. Zur Mittelklasse zählten vor allem hohe Militärs, Lehrer, Ärzte, Landbesitzer und Abkömmlinge der Oberklasse. Der Unterklasse gehörten zum Beispiel niedrigere Armeeangehörige, einfache Lehrer, Geldverleiher und Bürgermeister kleinerer Gemeinden an. Der Rest teilte sich auf viele Kasten auf, die nach Berufen geordnet waren.

Obwohl das Gesetz, das eine Verletzung der Kastenordnung unter Strafe stellt, 1963 abgeschafft wurde, ist die hierarchische Ordnung in der Realität

immer noch intakt. Auch heute noch entscheidet die Klassen- und Kastenzugehörigkeit über den politischen und wirtschaftlichen Status. An der Spitze der Hierarchie stehen drei Kasten, die auch heute führende Positionen in der Regierung, in der Verwaltung, im Schulwesen und Handel einnehmen. Zu ihnen zählen die Bahun, die Chhetri und die Newari. Diese drei Kasten bekleideten schon 1854 rund 98 Prozent aller öffentlichen Ämter. Bis 1969 sank die Zahl gerade mal auf 93 Prozent. Sie repräsentieren nach wie vor die Elite Nepals. Das zeigt nicht nur ein Blick auf den Anteil an der Zahl der Hochschullehrer: Knapp 81 Prozent von ihnen gehören einer der drei Kasten an. Auch von den 16 Premierministern zwischen 1951 und 1998 waren acht Bahun, fünf Chhetri und einer Newari. Auch im Parlament gehören rund 65 Prozent der Abgeordneten den drei Kasten an, obwohl diese nur 35 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die bei uns bekannten Sherpas, zu deutsch „Menschen aus dem Osten“, wanderten erst vor rund 500 Jahren aus Tibet ein. Sie siedeln in den Hochtälern nahe der tibetischen Grenze und arbeiten oft als Träger auf Himalaya-Expeditionen oder Trekkingtouren.

Kathmandu - Liebling ausländischer Hilfsorganisationen

Kathmandus Klima ist - abgesehen von der extrem feuchten Monsunzeit von Juni bis September - für Ausländer relativ angenehm. Wohnungen und Villen sind preiswert. Personal wie Fahrer, Wächter, Gärtner oder Köchinnen - von Ausländern kurz Didis genannt - sehr billig. Die Lebenshaltungskosten extrem niedrig. Kein Wunder, dass fast jede internationale Hilfsorganisation, die etwas auf sich hält, vor Ort präsent ist. Auch die in Nepal teils katastrophale medizinische Versorgung ist für Ausländer kein Problem. Tägliche Flugverbindungen nach Bangkok, Singapur oder Delhi gewährleisten im Falle einer ernsthaften Erkrankung schnelle und kompetente ärztliche Hilfe. Hohe Gehälter, diverse Privilegien und im Alltag quasi-Diplomaten-Status machen das Arbeiten in einem der ärmsten Länder der Erde für Menschen aus der alten Welt attraktiv - auch finanziell. Insgesamt gibt es mehr als 20.000 sogenannte Non-Governmental-Organisations, kurz NGO's oder zu deutsch nichtstaatliche Organisationen, die in Nepal tätig sind. Diese werden überwiegend von Ausländern geführt oder aus dem Ausland unterstützt.

Insgesamt stehen tausende Entwicklungshelfer aus mehr als 50 Ländern den Nepalis mit Rat und Tat zur Seite. Und mit viel Geld. Fast 40 Prozent des Staatshaushaltes des Königreiches entfällt auf ausländische Entwicklungshilfe. An der Spitze der Geldgeber stehen Deutschland, Japan und die USA. Dicht gefolgt von Australien, Skandinavien und England. Während Nepal im Zeitraum zwischen 1951 und 1955 rund 95 Millionen Rupie an ausländischen Hilfgeldern erhielt, lag der Betrag im Jahr 1971 schon bei 303 Millionen Rupie, stieg 1982 auf 1,7 Milliarden Rupie an und betrug in den beiden Jahren 1996 und 1997 knapp 31,5 Milliarden Rupie. Durch diesen immensen Anstieg ist nicht nur die nepalische Wirtschaft und Währung abhängig von ausländischen Hilfgeldern.

„Die finanziellen Hilfsleistungen für eine derart ungleiche Gesellschaft wie die nepalesische führen dazu, dass bestehende und überkommene Machtstrukturen verfestigt und gestärkt werden. Hauptnutznießer des Geldstroms ist die politische und soziale Oberschicht. Die Abhängigkeit der untersten sozialen Schichten nimmt dagegen weiter zu“, schreiben Chaitanya Mishra und Pitamber Sharma in ihrem Buch „Foreign Aid and Development in Nepal“. „Es ist kein Geheimnis, dass Nepals Elite von der ausländischen Hilfe am meisten profitiert“, sagt James Fisher. Er beschreibt vor diesem Hintergrund Entwicklungshilfe als einen Prozess, wo das Geld armer Bürger in reichen Ländern reichen Bürgern in armen Ländern zufließt. Bei den wirklich Bedürftigen kommt von dem Geldsegen kaum etwas an: „Nur rund 30 Prozent der ausländischen Hilfe kommt bei den Zielgruppen wirklich an. Rund 70 Prozent fällt zum Beispiel in Form von Gehältern zurück an die Geldgeber und ihre vor Ort tätigen Berater“, beklagt Professor Madan Kumar Dahal.

Trotz der großen finanziellen Unterstützung nahm die Staatsverschuldung in den vergangenen Jahren dramatisch zu. Sie betrug 1998 rund 175 Milliarden Rupie oder umgerechnet 7.045 Rupie pro Kopf. Dem gegenüber belaufen sich im gleichen Jahr die staatliche Einnahmen nur auf rund 37 Milliarden Rupie. Die Finanzlage des Staates ist katastrophal, die Ausgaben für soziale Leistungen fallen in Folge sehr gering aus. Der Staat leidet an chronischem Geldmangel. Nepal zählt in Asien zu den Schlusslichtern. Mit Ausnahme von Bhutan und Bangladesch weisen alle Länder der Region einen - teils deutlich - höheren Lebensstandard auf.

Hoffnungsträger Demokratie

Das einzige Hindu-Königreich der Welt, im dem der Rana-Herrscher Chandra Shamsher erst 1924 die Sklaverei abschaffte, war bis vor wenigen Jahrzehnten für Westler hermetisch abgeriegelt. Quasi ein verbotenes Land. Den beiden Jesuitenpatern Grueber und d’Oville, die 1664 als erste Europäer das Land besuchten, folgten in knapp drei Jahrhunderten nur wenige Europäer nach. Erst 1951 öffnete König Mahendra Tribhuvan, Vater des heutigen Königs Birendra Bir Bikram Shah Dev, Nepal für Ausländer. Heute besuchen jährlich mehr als 400.000 Touristen, die meisten davon aus Indien, das Königreich im Himalaja.

Das Ende der mehr als 200 Jahre alten, absolutistischen Monarchie kam Ende 1990. Misswirtschaft und Ausbeutung trieben die Massen auf die Straße, das Volk stellte die absolute Macht des Königs in Frage. Nachdem das Militär noch am 6. April Großdemonstrationen in Kathmandu mit einem Blutbad gewaltsam beendet hatte, lenkte König Birendra nur drei Tage später, am 9. April, auf Druck aus dem Ausland ein. Er hob das Parteienverbot seines Vaters auf und ließ politische Gruppierungen zu. Aber erst nach monatelangen Diskussionen über die demokratische Verfassung dankte der König am 9. November 1990 ab und erkannte die konstitutionelle Monarchie an. Im

Mai 1991 fanden die ersten freien Wahlen statt. Sie bescherten der Congress-Partei unter Regierungschef Girija Prasad Koirala eine Mehrheit.

Doch die regierenden Politiker & Parteien erfüllen die hoch gesteckten und teils nebulösen Erwartungen und Vorstellungen der Nepalis in das demokratische System nicht. Heftige Machtkämpfe und Streitigkeiten innerhalb der einzelnen Parteien führten nach Einführung des demokratischen Systems schnell zu einer Zersplitterung und Rationalisierung der politischen Landschaft. Schon bei den Gemeindewahlen 1992 kam es zwischen den Anhängern der großen Parteien, den beiden gemäßigten kommunistischen Parteien Communist Party Nepal (CPN) und United Marxist-Leninist (UML), dem sozialdemokratischen Nepali Congress (NC) und der rechten National Democratic Party (NDP), zu blutigen Auseinandersetzungen. Diese Entwicklung setzte sich auch in den Folgejahren fort. Die Regierungen weisen immer kürzere Halbwertszeiten auf. Allein in den vergangenen vier Jahren gab es sechs verschiedene Premierminister. Ständige Neuwahlen und instabile politische Verhältnisse - oft aufgrund labiler Koalitionsregierungen mit gegensätzlichen Interessen - prägen das Bild. Dringend notwendige Gesetze, Wirtschaftsreformen sowie große Infrastrukturprojekte kommen nicht voran oder werden zum Spielball politischer Machtkämpfe und Intrigen.

Als Konsequenz meiden potentielle ausländische Investoren zunehmend das Land oder geben langfristig geplante Großprojekte auf und ziehen sich zurück. Dies trifft besonders auf den aussichtsreichen Bereich der Stromgewinnung durch Wasserkraft zu. Ständig wechselnde politische Konstellationen machen die Durchführung von Kraftwerkprojekten nahezu unmöglich, weil sich neue Regierungen teils nicht an Verträge ihrer Amtsvorgänger gebunden fühlen - und erst neue Schmiergeldzahlungen für Genehmigungen und Gefälligkeiten erwarten. Bestes Beispiel ist das Projekt zum Bau eines Staudamms am Karnali-Flußes im gigantischen Volumen von 6,5 Milliarden US-Dollar. Nach mehrjährigen Verhandlungen und Vorarbeiten, die bereits 1990 mit finanzieller Unterstützung der Weltbank begannen, gab der US-Konzern Enron vergangenes Jahr den Plan auf. Mit einer Leistung von 10.800 MW oder jährlich 20,8 GWh wollte der amerikanische Stromversorger in Nepal eines der weltweit größten Wasserkraftwerke bauen.

Diese Entscheidung wirkt um so schwerer, da sie zum einen Signalwirkung auf viele andere interessierte internationale Investoren hat. Und weil der Bereich der Energiewirtschaft und Stromgewinnung einer der wenigen Hoffnungsträger für Nepals wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Nicht Nepal selbst braucht große Mengen an Energie, sondern der große Nachbar im Süden. Die rasche industrielle Entwicklung in den angrenzenden indischen Bundesstaaten lässt den Bedarf an Elektrizität dort stark steigen. Bereits im kommenden Jahr übersteigt in Nordindien die Nachfrage nach Energie in Höhe von 30.300 MW das verfügbare Angebot von 20.700 MW deutlich. Bis zum Jahr 2005 wird sich diese Diskrepanz noch weiter erhöhen. Einer Nachfrage von 42.800 MW steht dann ein Angebot von 27.900 MW gegenüber. Dies hemmt zunehmend die industrielle Entwicklung der nordindischen Bundesstaaten.

Die Nepalis könnten in die Bresche springen und den Nachbarn mit Strom versorgen - und dafür Devisen kassieren. Sie haben die geographischen Voraussetzungen zur Produktion großer Energiemengen: Viele Flüsse, deren Potential zur Stromerzeugung bisher weitgehend ungenutzt bleibt. Experten schätzen die wirtschaftlich sinnvoll nutzbaren Kapazitäten auf 66 Projekte mit einer Gesamtleistung von rund 44.000 MW. Doch die Projekte sind teuer. Selbst kleinere Wasserkraftwerke wie Bhote Kosi oder Khimti 1 kosten zwischen 98 und 130 Millionen US-Dollar bei einer Kapazität von 36 MW bzw. 60 MW. Die Investitionen für größere Projekte wie West Sedi mit einer Kapazität von 750 MW belaufen sich auf mindestens eine Milliarde US-Dollar, Pancheshwar mit 6.480 MW bereits auf knapp 3 Milliarden US-Dollar. Für die Durchführung und Finanzierung sind die Nepalis auf ausländische Investoren angewiesen. Interesse signalisieren neben US-amerikanischen auch australische, indische und westeuropäische Unternehmen. Um die Firmen ins Land zu holen, erließ die nepalische Regierung 1992 den Electricity Act und den Water Resources Act. Sie locken mit zahlreichen Incentives wie Steuerbefreiungen, reduzierten Steuersätzen und der Nutzung der Wasserrechte. Doch viele schrecken die chaotischen politischen und bürokratischen Zustände im Lande ab.

Kerzenlicht ohne Romantik

Derweil ist Nepal nicht einmal im Stande, bei seiner heutigen Energieproduktion von spärlichen 250 MW die inländische Nachfrage zu befriedigen. Gegenwärtig haben überhaupt nur knapp 14 Prozent der Bevölkerung Zugang zu Elektrizität. Die produzierte Menge an Energie deckt den Bedarf von mehr als 300 MW bei weitem nicht - und die Nachfrage steigt jährlich um zehn Prozent. Allabendlich spielt sich deshalb das gleiche Ritual ab: Händler und Einwohner Kathmandus zünden mit Einbruch der Dunkelheit Kerzen oder Kerosinlampen an. Ihr spärliches Licht soll Geschäfte und Wohnungen erleuchten. Denn obwohl das Land ein immenses Potential im Bereich der Energieerzeugung durch regenerative Ressourcen, sprich Wasserkraft, aufweist, sind die Nepalis bisher noch nicht einmal in der Lage, ausreichend Strom für ihre Hauptstadt zu erzeugen. So stellt die Stadt jeden Abend zwischen 18 und 20 Uhr in einem anderen Stadtteil für zwei Stunden den Strom ab. Davon bleiben auch die Wohngebiete der Ausländer nicht verschont - allerdings schnurren dort nach Anbruch der Dunkelheit dann die Dieselgeneratoren.

Das Einmaleins der nepalischen Wirtschaft

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Nepal beträgt aktuell rund 370 Mark (210 US-Dollar) pro Jahr. Oder umgerechnet etwas mehr als eine Mark am Tag. Fast 80 Prozent der 22 Millionen Nepalis sind nach wie vor in

der Landwirtschaft tätig oder von ihr als Haupterwerbsquelle abhängig. Sie trägt zu rund 45 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Dabei sind 69 Prozent der Bauernhöfe kleiner als ein Hektar. In den vergangenen 20 Jahren wuchs der Agrarsektor jährlich um magere 2,3 Prozent. Zu wenig, um mit dem rasanten Bevölkerungswachstum Schritt zu halten und die Finanzlage der Landbevölkerung zu verbessern. Das Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft steht heute noch auf dem Stand von vor 20 Jahren. Nur rund 16 Prozent der Arbeitstätigen finden im Servicebereich, vorwiegend im Tourismussektor, und der Industrie Beschäftigung. Da Nepal keinerlei eigene Rohstoffe aufweist, sind - mit Ausnahme der Teppich- und Textilindustrie - kaum nennenswerte Industrien anzutreffen.

Zahlreiche Programme und Gesetze wie der Privatization Act von 1991, der Industrial Enterprise Act oder der Foreign Investment and Technology Transfer Act von 1992, die allesamt die wirtschaftliche Entwicklung und die Ansiedlung neuer Industrien fördern sowie ausländische Investoren mit steuerlichen Anreizen ins Land locken sollten, verliefen nach anfänglichen Erfolgen weitgehend im Sande. Die allgemeine Liberalisierung der Wirtschaft und insbesondere der staatlich kontrollierten Unternehmen kam 1994 ins Stocken. Heute schreiben rund 50 Prozent aller Staatsbetriebe rote Zahlen. Dies allein kostet den Staat alljährlich zwei bis drei Milliarden Rupie. Eine weitere Problembranche ist der Finanzbereich. Dort dominieren zwei Banken, die staatliche Rastriya Banijya Bank (RBB) sowie die halbstaatliche Nepal Bank Limited (NBL), rund 65 Prozent aller Bankeinlagen. Beide Institute sitzen heute auf hohen faulen Krediten, was die Vergabe neuer Kredite an Unternehmen und Privatpersonen erschwert und zu unverhältnismäßig hohen Zinsen führt. Eine ineffiziente und träge Bürokratie und Verwaltung sowie die allgegenwärtige Korruption behindern eine nachhaltige Wirtschaftsbelebung. Der konjunkturelle Aufschwung Anfang der neunziger Jahre war von kurzer Dauer. In den vergangenen Jahren sank die Industrieproduktion im Schnitt um 1,4 Prozent pro Jahr.

Die starke Senkung der Importzölle für viele ausländische Produkte und Konsumgüter, insbesondere aus Indien und China, führte zu einem rasanten Anwachsen der Importe aufgrund der günstigen Preise und verdrängte einheimische Produkte und Erzeugnisse vom Markt. Besonders betroffen davon waren Kleinbetriebe. Von den rund 70.000 in der Teppichindustrie schlossen mehr als 30.000, von den rund 900 registrierten Textilherstellern produzieren gegenwärtig nur noch rund 60. Diese Entwicklung verschärfte noch die Arbeitslosigkeit und Armut und verstärkte den Niedergang vieler Bereiche der nicht konkurrenzfähigen nepalischen Industrie. Betroffen sind die Getränkeindustrie ebenso wie Schuh-, Nahrungsmittel- und Stahlindustrie. Auch die Exporte der Teppichindustrie - einer der Hauptdevisenbringer - entwickeln sich rückläufig. Hauptabnehmer nepalischer Teppiche, die überwiegend von tibetischen Flüchtlingen hergestellt werden, ist zu mehr als 50 Prozent Deutschland.

Zwar erhöhten sich seit 1990 die Einkommen jährlich im Schnitt um 2,9 Prozent. Allerdings steht dem eine jährliche Inflationsrate von 10 bis 14 Pro-

zent entgegen. Die Preise einzelner Güter wie für Strom, Telefon, Trinkwasser und öffentliche Verkehrsmittel sowie Milch und Zucker haben sich mehr als verdoppelt. Real liegen die Löhne damit heute unter dem Niveau von 1985. Auch aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums ist die Arbeitslosigkeit hoch. Sie beträgt rund 14 Prozent. Der kontinuierliche Zustrom zahlreicher Inder, die aufgrund eines Staatsvertrages in Nepal die gleichen Rechte wie Nepalis besitzen, verschärft noch die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Der Blick auf die absoluten Zahlen verfälscht sogar noch das wirkliche Bild. Es fällt noch weit schlechter aus. Denn die Einkommen verteilen sich extrem ungleich: Während auf die 20 Prozent der ärmsten Haushalte gerade mal 3,7 Prozent des nepalischen Nationaleinkommen entfällt, vereinen die Top-ten der Bevölkerung mehr als 50 Prozent auf sich. Auch das Stadt-Land-Gefälle ist extrem: Während in der Hauptstadt Kathmandu das jährliche Durchschnittseinkommen bei 25.000 Rupien (umgerechnet rund 625 Mark) liegt, reicht es in ländlichen Regionen wie dem Terai oder den westlichen Bergregionen kaum an 7.000 Rupien (umgerechnet rund 175 Mark) heran. Entsprechend groß ist das Ausmaß der Armut: Rund zwölf Millionen Menschen oder mehr als 50 Prozent der Bevölkerung lebten 1997 unter der absoluten Armutsgrenze.

Nüchterne Fakten

Die Lebenserwartung liegt im Schnitt bei 55 Jahren. Im Gegensatz zu den meisten Ländern leben Frauen in Nepal im Durchschnitt zwei Jahre kürzer als Männer. Dafür ist die Geburtenrate deutlich höher als sonst in Asien. Sie liegt bei knapp sechs Kindern, die Kindersterblichkeit bei zehn Prozent (im Vergleich Deutschland 0,1 Prozent). Die sanitären und hygienischen Verhältnisse sind katastrophal: 75 Prozent der Landbevölkerung kennen keine Toiletten. Selbst in den Städten haben mehr als 25 Prozent der Haushalte keine sanitären Einrichtungen. Der Zugang zu Leitungswasser ist rar. Und selbst wo er vorhanden ist, ist das Wasser von schlechter Qualität oder meist verunreinigt.

Der Anteil der Analphabeten an den über 6jährigen beträgt auch heute noch 60 Prozent. Nur jedes zehnte Kind, das in die Volksschule geht, beendet auch erfolgreich die fünfte Klasse. Die meisten verlassen die Schule schon viel früher. Gleichzeitig stieg die Zahl der Schulanfänger zwischen 1984 und 1995 von 1,75 auf 3,26 Millionen. Viele können sich die Schule nicht leisten. Denn entgegen der propagierten Politik ist der Schulbesuch nicht kostenfrei. Die meisten Schulen verlangen jährliche Gebühren. Dennoch ist der Unterricht oft schlecht, die Ausfallzeiten hoch. Gut ausgebildete Lehrer sind Mangelware. Die es gibt, unterrichten bevorzugt an den zahlreichen, seit 1990 in den Städten entstandenen und um ein vielfaches teureren Privatschulen. Dies gilt auch für ihre Kollegen öffentlicher Bildungsstätten. Viele von ihnen verdienen sich an Privatschulen ein Zubrot zu ihrem ungenügenden Verdienst und lassen den Unterricht an staatlichen Schulen dafür schon mal ausfallen. Die Privatisierung des staatlichen Schulwesens Anfang der 90er

Jahre führte so zu einer Verschlechterung der allgemeinen Lehr- und Ausbildungssituation. Als Konsequenz schicken die Mittel- und Oberschicht ihre Kinder spätestens nach dem Abitur zur weiteren Ausbildung ins Ausland. Angehörige der Mittelschicht, die es sich leisten können, finanzieren ihren Kinder ein Studium in Indien. Die Oberklasse, für die Geld keine Rolle spielt, bevorzugen England oder die USA.

Explosive Mischung

Hemmungslose Korruption, Vetternwirtschaft und Führungsschwäche innerhalb der jeweils herrschenden politischen Gruppierung sowie die Bevölkerungsexplosion, rasch steigende Preise und eine ungerechte Verteilung von Hilfsgeldern sorgen mittlerweile nicht nur für eine allgemeine Parteien- und Politikverdrossenheit. Sie haben auch die weitere Verarmung der Landbevölkerung zu Folge, da sich das politische und wirtschaftliche Leben fast ausschließlich auf Kathmandu konzentriert und die zentralistische Regierung kaum Gelder für die Entwicklung ländlicher Regionen ausgibt. Nach wie vor führt die Förderung und der Ausbau der Land- und Forstwirtschaft, die immerhin 90 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt, ein Schattendasein. Während über 40 Prozent des Staatshaushalts für den Ausbau des Straßennetzes verwandt werden, entfallen auf die Entwicklung der Landwirtschaft nur knapp 20 Prozent.

Dies führt in zahlreichen Provinzen im Westen Nepals zu - von der Außenwelt bisher kaum bemerkt - bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen der von der Regierung kontrollierten Polizei und der in den Untergrund gegangenen, nationalsozialistisch ausgerichteten Partei der Maoisten. Ihr Führer, Dr. Babu Ram Bhattarai, kämpft gegen die allgegenwärtige Korruption und Vetternwirtschaft, fordert eine bessere medizinische und schulische Versorgung der Landbevölkerung und prangert die Aufgabe nationaler Interessen zugunsten Indiens an. Da fast ausnahmslos alle großen nepalischen Parteien und Politiker von Indien massiv finanziell unterstützt - und beeinflusst - werden, genießen Inder in Nepal nicht nur umfangreiche Sonderrechte, sondern sind per Gesetz den Nepalis sogar gleichgestellt.

Der von den Maoisten bereits in 22 Distrikten ausgerufene „Peoples War“ greift auf immer weitere Teile des Landes über. Während in der englischsprachigen Tagespresse fast täglich über blutige Scharmützel zwischen Sicherheitskräften und Rebellen berichtet wird, schweigt die Regierung das Thema offiziell bislang tot. Die Ideen Bhattarais stoßen besonders bei Intellektuellen auf große Sympathie und Zuspruch. Auch die Landbevölkerung, besonders in der sehr armen Westregion, unterstützt passiv und aktiv den Kampf der Maoisten gegen die herrschende Regierung. Im Gegenzug bieten die Maoisten den Menschen auf dem Land eine gewisse medizinische Grundversorgung und unterstützen die Bauern finanziell. Der König und die ihm noch immer loyal ergebene Armee hält sich bisher aus diesem Konflikt heraus. Er hat

die Parteien alle angewiesen, innerhalb einer Frist von zehn Jahren das Problem friedlich zu lösen.

Nach Auffassung vieler Nepalis richtet sich dieser Befreiungskrieg nicht gegen den Staat, sondern gegen die korrupte und unfähige Politik der Regierung und einer seit Jahrzehnten unverändert, herrschenden Elite. Nach Guro-Gharana betreiben die Regierenden in Nepal seit mehr als zehn Jahren eine Politik, die die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, ländlicher Regionen und von traditionellen Branchen gegenüber der Hauptstadt und modernen Industrien krass vernachlässigt. Dies führt zu einer verstärkten Landflucht in die Hauptstadt Kathmandu. Dort zu leben gilt vielen als erstrebenswerter als auf dem Lande zu wohnen.

Katastrophe Kathmandu

Dies hat für die Hauptstadt gravierende Folgen. Sie wächst völlig unkontrolliert, immer neue Slums breiten sich wie Geschwüre aus. Nachdem die Metropole Anfang der achtziger Jahre noch rund 700.000 Menschen zählte, leben heute weit mehr als eine Million in Kathmandu. Eine Kanalisation und sanitäre Einrichtungen sind in den meisten Stadtteilen ebensowenig bekannt wie eine funktionierende Wasserversorgung. Dies führt besonders in der Trockenzeit zu ernststen Problemen bei der Trinkwasserversorgung - und der Abwasserentsorgung. Vor allem in der Monsumzeit droht immer wieder die Gefahr, dass Krankheiten aufgrund der miserablen Hygieneverhältnisse ausbrechen. Auch die Luftverschmutzung in der Hauptstadt ist - im wahrsten Sinne des Wortes - atemberaubend. Ständig liegt eine gelbliche Dunstglocke aus Abgasen über der Stadt.

Viele Bewohner leiden an Atemwegserkrankungen - besonders Kinder. Die vielen uralten, indischen Dreirad-Taxen und Busse, aus deren Auspuff regelmäßig dichte, schwarze Rußwolken wabern, verpesten die Luft über der Hauptstadt ebenso wie die zahlreichen Industriebetriebe, die im Kathmandu-Tal angesiedelt sind. Sie blasen ungefiltert ihre giftige Fracht in den Himmel. Zu den größten Luftverschmutzern zählt dabei das im Süden der Stadt gelegene Zementwerk Chobar. Es wurde mit Hilfe schweizer und deutscher Entwicklungshilfe gebaut - allerdings ohne Filter. Mit einem Ausstoß von täglich rund fünf Tonnen Staub und Dreck schädigt es nicht nur die unmittelbare Umgebung. Die regelmäßigen Südwinde verteilen die Emissionen über die ganze Stadt. Ungefiltert fahren auch die zahlreichen Autos überwiegend indischer Produktion.

Da das Benzin aus Geldgier meist mit billigem Altöl gestreckt wird, trägt auch der rasant zunehmende Individualverkehr kräftig zum Smog bei. Mehr als 70.000 Fahrzeuge, davon rund 3500 von ausländischen Vertretungen oder Hilfsorganisationen, quälen sich über die löchrigen Hauptstadtpisten durch das permanente Verkehrschaos. Die Kessellage der Hauptstadt, umschlossen von hohen Bergen, erschwert zudem den Luftaustausch. An manchen Tagen ist deshalb ohne Atemmaske nur schwer Luft zu bekommen. Ein weiteres Pro-

blem ist die Müllentsorgung. Oft liegen die Hausabfälle tagelang auf den Straßen, durchwühlt von streuenden Hunden, Kühen oder Ratten, bevor sie mit Lastern aufgesammelt und weggefahren werden. Besonders im Sommer breitet sich oft ein bestialischer Gestank aus. Als einfache Lösung wird der Müll, der zunehmend auch Plastik enthält, auf offener Straße abgefackelt. Um die giftigen Rauchschwaden kümmert sich dabei keiner. Da auch sonst das Umweltbewusstsein - aus verständlichen Gründen, denn viele kämpfen ums tägliche Überleben - kaum ausgeprägt ist, verschmutzen zunehmend alte Dosen, Gläser, Plastikflaschen oder sonstiger Unrat das Tal.

Schlechte Infrastruktur

Die schwierige topographische Lage Nepals und chronischer staatlicher Geldmangel sind die Hauptgründe für die ungenügende oder fehlende Infrastruktur. Nach wie vor haben 15 der 75 Distrikte keine Anbindung ans Straßennetz. Insgesamt gibt es nur fünf größere, überwiegend asphaltierte nationale Verbindungsstraßen. Sie wurden meist mit chinesischer oder indischer Hilfe gebaut und befinden sich teils in schlechtem Zustand. So dauert die Reise von Kathmandu in die zweitgrößte, rund 200 Kilometer entfernt gelegene Stadt Pokhara, per Bus zehn bis zwölf Stunden. Auch die Straßen der Hauptstadt befinden sich größtenteils in bedauernswertem Zustand. Sie gleichen mehr holprigen Pisten.

Außerhalb der wenigen größeren Städte ist die Stromversorgung in weiten Landesteilen mangelhaft oder nicht vorhanden. Zudem gibt es in ganz Nepal nur zwei je 50 km lange Eisenbahnstrecken, die - teils 1925 erbaut - den Süden des Landes mit der indischen Grenze verbinden. Das schlechte Straßennetz und fehlende Alternativen erschweren nicht nur den Transport und vor allem die Versorgung abgelegener Landesteile. Sie hemmen auch die wirtschaftliche Entwicklung. Die meisten importierten Güter kommen über den Landweg vom indischen Hafen Kalkutta. Auch die Exporte laufen - sofern sie nicht als teure Luftfracht das Land verlassen - über den indischen Hafen. Diese verkehrstechnisch extrem schlechte und teure Anbindung an die Außenwelt, hält auch ausländische Investoren von Engagements in Nepal ab.

Zunehmende „Landflucht“

Die schlechte Wirtschaftslage und die hohe Arbeitslosigkeit, speziell in der Hauptstadt, zwingen alljährlich Zehntausende ihr Heimatland zu verlassen. Rund 2,5 Millionen Nepalis arbeiten allein im Nachbarland Indien, Tausende in verschiedenen arabischen und asiatischen Staaten. Besonders stark ist die „Landflucht“ unter der Gruppe der männlichen Einwohner im Alter von 20 bis 30 Jahren. Auf sie entfällt mehr als 80 Prozent der Zwangsemigranten. Besonders im Service- und Hotel- und Gaststättenbereich verlassen viele Nepalis das Land, weil sie zum Beispiel in den Vereinigten Arabischen Emi-

raten oder Qatar wesentlich höhere Löhne gezahlt bekommen. „Erst vor zwei Wochen verschwanden quasi über Nacht fünf Kellner, die wir hier ausgebildet hatten“, klagt Surendra Bahadur Singh, Manager des Himalaya Hotels. Auch sie setzten sich in die Emirate ab.

Korruption und Misswirtschaft

Zu den größten Problemen Nepals zählt die Korruption und Vetternwirtschaft. Sie ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen anzutreffen. Fast täglich stößt man bei der Zeitungslektüre auf neue Skandale. Darin verwickelt: führende Politiker, Unternehmer, Beamte und Polizisten. „Für Korruption gibt es kein Unrechtsbewusstsein“, sagt Dahal, „denn jeder macht es.“ Für viele ist sie die einzige Möglichkeit, ihr geringes Gehalt aufzubessern. Bei der Erteilung von Aufträgen ist so zum Beispiel eine 10%ige Provision an den Auftraggeber selbstverständlich. Diese wird auch gerne genommen - selbst von Vertretern internationaler Hilfsorganisationen. Besonders begehrt, weil lukrativ, sind die Jobs in der Finanzverwaltung. Die auf zwei Jahre befristete Tätigkeit nutzen viele um für später vorzusorgen. Und schließlich profitieren ja beide davon: der Steuerzahler und der Finanzbeamte. Statt das normal zu versteuernde Einkommen anzugeben, wird ein fiktiver, sprich niedrigerer Betrag vereinbart. So werden statt 100000 Rupie nur 30.000 Rupie versteuert. Die Ersparnis fließt dann zur Hälfte an den Finanzbeamten - und beide machen ein gutes Geschäft und sind zufrieden. Allein Leidtragender ist der Staat, dem dadurch alljährlich Steuereinnahmen in Millionenhöhe entgehen. „Rund 100 Prozent aller Steuerzahler geben falsche Erklärungen ab“, weiß ein Mitarbeiter der Finanzverwaltung in Kathmandu.

Doch dies ist nur ein Beispiel für die weit verbreitete Vetternwirtschaft. Auch sonst ist das sogenannte „Speed-Money“ im Alltag Gang und Gebe. Anträge und Genehmigungen werden bei entsprechender Bezahlung schneller erteilt. Während die Wartezeit für einen Telefonanschluss regulär bei zwei Jahren liegt, lässt sich bei entsprechender finanzieller Zuwendung die Frist durchaus auf drei bis sechs Monate reduzieren. Jede Tätigkeit hat ihren festen Preis. Kfz-Zulassungen oder sonstige Behördengänge erledigen in Nepal für Ausländer am besten Einheimische. Denn sie kennen die Preise.

Viel verheerender als die verschiedenen Formen der Korruption wirken sich auf das Rechtsgefühl und -empfinden der Nepalis die Straftaten führender Politiker und Repräsentanten des Staates aus. Nur einige Beispiele dafür: Der Innenminister der letzten Regierung wird in Indien per Haftbefehl wegen verschiedener schwerer Straftaten wie Flugzeugentführung und Mord gesucht. Indien drängt jedoch nicht auf eine Auslieferung, weil die nepalische Regierung der indischen wohlgesonnen ist und man die politische Beziehung nicht belasten will. Auch dem Parlamentsmitglied und stellvertretenden Gesundheitsminister Ram Chandra Adhikari wurde Missbrauch und Handel mit Diplomatenpässen nachgewiesen sowie Frauen- und Drogenhandel zur Last gelegt. Als Konsequenz auf diese Vergehen wurde der Minister nur für ein Jahr

aus der Partei ausgeschlossen. Eine strafrechtliche Verfolgung unterblieb. Weiteren Ministern wird Geldwäsche und Schmuggel vorgeworfen. Auch hier findet jedoch keine Anklage statt. Dies ist auch auf die enge Vernetzung von Regierung, Polizei und Gerichten aufgrund der gängigen Praxis bei der Stellenvergabe im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Bei der Postenvergabe, gleich ob in der Verwaltung oder bei der Polizei, entscheidet die jeweilige Regierung nach der Parteizugehörigkeit und nicht nach fachlicher Qualifikation. So besetzt die jeweils herrschende Partei öffentliche Spitzenpositionen mit ihr ergebenen Gefolgsleuten. „Dies führt zu einer Politisierung der Polizei und Gerichte“, klagt ein nepalischer Uniprofessor. Eine Unabhängigkeit und Neutralität der Staatsorgane ist nicht mehr gegeben. Vielmehr wird besonders die Polizei durch die Regierung zum Machterhalt missbraucht.

Hier läge es an den internationalen Hilfsorganisationen, verstärkt Druck auf die nepalischen Parteien und speziell die Regierung auszuüben. Zwar prangern ausländische Delegationen und Geldgeber, die Nepal besuchen, immer öfter Korruption, Missbrauch von Hilfsgeldern und die Ineffizienz der Verwaltung und des politischen Systems an. So lange diesen Vorwürfen aber keine konkreten Taten, zum Beispiel in Form der Kürzung von Hilfsgeldern, folgen, verpuffen die Appelle wirkungslos. Die Vorwürfe gegen die nepalische Regierung erfolgen dabei mittlerweile auf höchster Ebene: So musste sich der nepalische Regierungschef Girija Prasad Koirala bei seinem letztjährigen Staatsbesuch in Japan im November 1998 den Missbrauch der gigantisch hohen japanischen Entwicklungshilfegelder vorhalten lassen. Auch der britische Entwicklungshilfeminister Clare Short beschuldigte bei seinem Staatsbesuch im Dezember 1998 die nepalische Regierung in einer Rede offiziell der Korruption und Geldverschwendung. Dies sind Anzeichen, dass bei den westlichen Geldgebern ein Umdenken erfolgt und der Druck auf die Regierung verstärkt wird.

Allerdings sind von Kürzungen internationaler Hilfsgelder natürlich nicht nur die Nepalis, speziell die politischen Eliten, betroffen. Ebenso trifft es - zumindest teilweise - die im Land tätigen ausländischen Berater. Sie geraten dadurch in einen persönlichen Interessenkonflikt. Prangern sie den Missbrauch von Hilfsgeldern zu stark an, kann die Kürzung der Unterstützung ihren eigenen Job kosten. Zahlreiche auf mehrere Jahre angelegte Projekte, die sich schon früh als Flop erweisen, werden aus diesem Grund dennoch weitergeführt. „Oft wollen die Nepalis nur das Geld. An wirklichen Fortschritten oder dem Erwerb von Know-how sind die Ansprechpartner oft gar nicht interessiert“, berichtet frustriert ein deutscher Entwicklungshelfer aus eigener Erfahrung.

Trister Ausblick

„Besuchen Sie Nepal, solange es noch geht“, diese Aussage könnte schon bald von der Realität eingeholt werden. Die schwellende Auseinandersetzung zwischen den Maoisten und der Regierung droht zu einem landesweiten

Bürgerkrieg zu eskalieren. Ob und wie lange von den Anschlägen der Maoisten Ausländer ausgenommen bleiben, ist ungewiss. Innerhalb der Rebellenbewegung gibt es zwei unterschiedliche Flügel, die über die weitere Politik im Clinch liegen. Während die eine Fraktion eher durch politische Verhandlungen Erfolge erzielen will, fordert die radikale Bewegung eine Verschärfung der bewaffneten Auseinandersetzung. Schon jetzt haben sich einige internationale Hilfsorganisationen aus bestimmten Landesteilen zurückgezogen und Projekte eingestellt, weil sie die Sicherheit ihrer Mitarbeiter vor Ort nicht mehr gewährleisten können. Die Ankündigung der Maoisten, ihre Aktivitäten auch auf die bekannten Touristen- und Trekkingregionen auszuweiten, könnte schnell einen Einbruch bei einem der Hauptdevisenbringer, dem Fremdenverkehr, bewirken. Leidtragende dieser Entwicklung wäre vor allem die Landbevölkerung. Ein Kompromiss zwischen den Maoisten und der Regierung ist derzeit nicht in Sicht und könnte wohl nur bei einem stärkeren persönlichen Engagement des Königs zustande kommen.

Aufgrund der bereits aufgeführten Gründe meiden immer mehr ausländische Investoren das Land. Dies führt dazu, dass dringend notwendige Investitionen in Maschinen und Fertigungsstätten unterbleiben. Nur so können die nepalischen Unternehmen ihre Produktivität erhöhen um im Konkurrenzkampf mit China und Indien bestehen zu können. Geringe Steuereinnahmen und die leere Staatskasse schränken jedoch die Handlungsmöglichkeiten der Regierung ein. Es fehlen Gelder für notwendige Infrastrukturprojekte und zur Entwicklung der ländlichen Regionen. Als Folge steigt die Arbeitslosigkeit weiter an, die hohe Geburtenrate verschärft noch die Situation. Der Unmut der Bevölkerung wächst. Vereinzelt kommt es zu Streiks und Demonstrationen in der Hauptstadt Kathmandu. Diese Unruhen schrecken jedoch ausländische Investoren ab. Sie setzen verstärkt auf Indien und China - die Abwärtsspirale dreht sich weiter.

Angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage verwundert es, dass sich die Lage im Lande nicht schon weiter zugespitzt hat. Die Antwort ist einfach, meint Dev Raj Dahal, Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Fast 90 Prozent der Bevölkerung nehmen nicht am wirtschaftlichen Leben teil. Sie leben mehr oder weniger von der Hand in den Mund oder versorgen sich selbst.“ Und nüchtern fügt er hinzu: „Nepalis planen nicht langfristig. Sie würden sonst aus Angst vor der Zukunft verrückt werden.“